



Stadt Bern
Ratssekretariat
des Stadtrats

**Die Agglomeration Bern und die
Perspektiven der regionalen Kul-
turpolitik**

**Bericht zur Tagung der
Agglomerationskommission
vom 12. November 2010
(Kurzfassung)**

**Agglomerationskommission
des Stadtrats (AKO)**

Jacqueline Gafner Wasem, Präsidentin
Ursula Marti, Vizepräsidentin

Peter Ammann
Manfred Blaser
Jeannette Glauser
Peter Künzler
Martin Mäder
Patrizia Mordini
Thomas Weil

Ladina Kirchen, Kommissionssekretärin
Markus Schütz, Protokollführer

Ratssekretariat des Stadtrats
Morellhaus
Postgasse 14
Postfach
3000 Bern 8

T 031 321 79 20
F 031 321 79 22
E ratssekretariat@bern.ch
www.bern.ch

Bern, 27. Januar 2011

Inhaltsverzeichnis

1	Einleitung.....	5
2	Verein Bern neu gründen: Vorstellung und aktuelles Projekt ‚Vernetzte Gemeinden – Gemeinden vernetzen‘	7
3	Teilkonferenz Kultur und die Perspektiven der regionalen Kulturpolitik.....	8
3.1	Regionalkonferenz Bern-Mittelland: Teilkonferenz Kultur	8
3.2	Podiumsdiskussion: Perspektiven der regionalen Kulturpolitik.....	9
4	Workshops.....	20
4.1	Workshop I: Organisation und Funktionsweise der RK Bern-Mittelland.....	20
4.2	Workshop II: Teilkonferenz Kultur	22
4.3	Workshop III: Bern neu gründen.....	24
5	Würdigung durch die Teilnehmerinnen und Teilnehmer	27
6	Fazit und Ausblick der Agglomerationskommission	29

1 Einleitung

Am 12. November 2010 hat die Agglomerationskommission des Stadtrats von Bern ihre diesjährige Tagung zur Agglomerationspolitik mit Vertreterinnen und Vertretern der Parlamente aus den Regionsgemeinden durchgeführt. Nachdem im letzten Jahr die Stadt Bern zur Tagung einladen durfte, fand der diesjährige Anlass turnusgemäss in der Region statt. An der Veranstaltung im Mattenhofsaal in Muri-Gümligen widmeten sich die Teilnehmenden einerseits dem Thema Regionalkonferenz Bern-Mittelland, die knapp 100 Regionsgemeinden vereint und am 1. Januar 2010 ihre operative Tätigkeit aufgenommen hat. Andererseits befasste sich die Tagung mit der aktuellen Diskussion um die Perspektiven der regionalen Kulturpolitik, insbesondere bildete die Kulturstrategie von Kanton, Regionsgemeinden und der Stadt Bern bei der Subventionierung von Kulturinstituten einen Diskussionschwerpunkt. Rund 50 Personen nahmen am Anlass teil. Anwesend waren

- 30 Parlamentsvertreterinnen und -vertreter aus den Gemeinden Köniz, Münchenbuchsee, Münsingen, Muri, Ostermundigen, Worb und Zollikofen
- Mitglieder der stadträtlichen Agglomerationskommission
- Mitglieder des Stadtrats
- Vertreterinnen und Vertreter der Regionalkonferenz Bern-Mittelland
- Stadtpräsident Alexander Tschäppät
- Anita Bernhard, Kantonale Vorsteherin des Amtes für Kultur
- Experten zum Thema Kulturpolitik
- Vertreter der Presse.

Nach einem Begrüssungskaffee eröffnete der Parlamentspräsident der Gastgebergemeinde die Tagung und hiess die Teilnehmerinnen und Teilnehmer herzlich willkommen. In seiner Ansprache stellte Beat Wegmüller fest, dass sich praktisch alle Regionsgemeinden die Zukunftsfrage stellen. Diese unterscheidet sich aber je nach regionaler Prioritätenliste. Grundsätzlich ist er der Ansicht, dass sich die Zukunftsforderung der Region vor allem in der Zusammenarbeit und der Koordination der Region widerspiegelt. Noch herrscht eine grosse Skepsis der Parlamente gegenüber der Regionalkonferenz und die Angst vor dem Verlust auf Einflussnahme bei wichtigen Geschäften überragt. Deswegen ist es wichtig, dass die Kommunikation in der Region, zwischen der Bevölkerung und in den Gemeinden verstärkt wird. Die Devise für die nähere Zukunft muss sein: Regional denken – lokal handeln!

Anschliessend richtete Jacqueline Gafner Wasem als Präsidentin der stadträtlichen Agglomerationskommission einige Begrüssungsworte an die Tagungsteilnehmerinnen und Tagungsteilnehmer und skizzierte den Ablauf der Veranstaltung. Das Vormittagsprogramm umfasste zwei Referate und eine Podiumsdiskussion:

- Christoph Stalder, Co-Präsident des Vereins ‚Bern neu gründen‘ und Grossrat Bern, stellte im Rahmen des am 31. August 2009 neu gegründeten Vereins das aktuelle Projekt ‚Vernetzte Gemeinden – Gemeinden vernetzen‘ vor.
- Thomas Hanke, Präsident der Kulturkommission der Regionalkonferenz, referierte über die Teilkonferenz Kultur und stellte die regionalen Zusammenarbeitsformen und die Entwicklungsmöglichkeiten der Region vor.
- Anschliessend fand eine Podiumsdiskussion statt, an der Stadtpräsident Alexander Tschäppät zusammen mit Peter Lüthi, Gemeindepräsident von Wichtrach, sowie mit

Anita Bernhard, Kantonale Vorsteherin des Amtes für Kultur, und Samuel Schwarz, Regisseur und Schauspieler, unter der Moderation von Bernhard Giger, über die Perspektiven der regionalen Kulturpolitik und die Regelung einer (allenfalls unnötigen) Subventionierung von Kulturinstitutionen diskutierten.

Im vorliegenden Bericht werden die Ergebnisse der Tagung in knapper Form dargestellt. Zusätzlich finden sich im Anhang die Originalfassungen der beiden Referate, die von den externen Referenten beigesteuert wurden. Ihnen und sämtlichen Teilnehmerinnen und Teilnehmern dankt die Agglomerationskommission ganz herzlich für das Interesse und die Mitarbeit.

2 Verein Bern neu gründen: Vorstellung und aktuelles Projekt ‚Vernetzte Gemeinden – Gemeinden vernetzen‘

Referat von Christoph Stalder, Co-Präsident Verein ‚Bern neu gründen‘, Grossrat Bern (siehe Anhang 1)

Der Verein ‚Bern neu gründen‘ wurde am 31. August 2009 gegründet und setzt sich dafür ein, die Stadt und Agglomeration Bern zu stärken und politisch neu zu strukturieren. Als Kernziel will der Verein informieren, die Entscheidungsträger vernetzen, die gemeinsame Identität fördern und Fusionsbestrebungen unterstützen. Der Verein soll jedoch nicht als Konkurrenz zur Regionalkonferenz Bern-Mittelland verstanden werden. Sein Aktionsperimeter ist wesentlich kleiner als jener der Regionalkonferenz, insbesondere verfügt der Verein über keine Entscheidungsbefugnisse und Zwangsmittel und erhält auch keine finanziellen Mittel von Gemeinden oder vom Kanton. Der Verein zählt gegenwärtig ca. 150 Mitglieder, die je zur Hälfte in der Stadt Bern und in der Agglomeration wohnen. Aktiv wurde der Verein, weil in der heutigen Zeit die Gemeinden immer mehr zusammenwachsen und gleichzeitig immer mehr Grenzen verschwinden. Um sich weiterhin entwickeln zu können, müssen sich die Gemeinden koordinieren. Dieser anspruchsvollen Aufgabe will sich der Verein widmen: die Stadtregion Bern soll eine stärkere Identität mit einer nationalen und internationalen Ausstrahlung erhalten.

Das aktuelle Projekt ‚Vernetzte Gemeinden – Gemeinden vernetzen‘ lässt die Zusammenarbeit von zwölf Gemeinden in der Agglomeration Bern in eine Bestandesaufnahme einfließen. Der Bericht gibt Auskunft über die bestehenden Beziehungen und stellt fest, dass zwischen den betrachteten Gemeinden eine vielseitige Zusammenarbeit mit den Schwerpunkten Infrastruktur und Sozialaufgaben besteht. Kaum Beziehungen bestehen für den Bereich Finanzen und bezüglich Einwohnererfassung findet trotz zum Teil gemeinsam genutzter EDV keine Zusammenarbeit statt. Festgestellt wird auch, dass der ‚Moloch‘ Kernstadt Angst macht. Die ältere Generation hängt noch mehr an den bisherigen Strukturen als die junge und hat Angst vor dem Verlust der Eigenständigkeit, Verlust von Arbeitsplätzen und von Privilegien im Zusammenhang mit einer allfälligen Stärkung der Zusammenarbeit in der Agglomeration. Für den Verein ‚Bern neu gründen‘ ist klar, dass die heutigen Grenzen überwunden werden müssen, weil diese unter den Gemeinden die Entwicklung bremsen. Eine neue Identität muss geschaffen werden, damit Bern vorwärts schreiten kann. Dafür benötigen Kanton und Region ein neues, starkes Zentrum.

3 Teilkonferenz Kultur und die Perspektiven der regionalen Kulturpolitik

3.1 Regionalkonferenz Bern-Mittelland: Teilkonferenz Kultur

Referat von Thomas Hanke, Präsident der Kulturkommission der Regionalkonferenz Bern-Mittelland (siehe Anhang 2)

Die Regionale Kulturkonferenz Bern wurde am 1. Januar 2010 abgelöst durch die Teilkonferenz Kultur. Diese setzt sich zusammen aus 81 Gemeinden und der Stadt Bern und bildet einen Bereich der Regionalkonferenz Bern-Mittelland, die 98 Gemeinden umfasst. *Grundlage für Organisation und Tätigkeit* der Regionalkonferenz bilden nebst den Vorgaben auf kantonaler Ebene das Geschäftsreglement für die Regionalkonferenz Bern-Mittelland. Die Teilkonferenz Kultur ist nach Massgabe der besonderen Gesetzgebung, d.h. gemäss dem Kulturförderungsgesetz des Kantons Bern, das Instrument, das die regionale Kulturförderung wahrnimmt. Die Geschäfte der Teilkonferenz Kultur werden von der Kommission "Kultur" vorbereitet. In ihr sind Vertreter aus den umliegenden Gemeinden und der Stadt Bern vertreten sowie eine Vertretung von Kanton und der Burgergemeinde.

Hauptansprechpartner der Kommission Kultur sind einerseits die Politik und andererseits die fünf Institutionen, deren Tätigkeiten die Kommission sicherstellen muss. Politisch aktuell ist zurzeit die Abstimmung über die Subventionsverträge und natürlich diejenigen Geschäfte, die die Gemeinden im Bereich Kultur finanziell belasten würden. Wie schon die Regionale Kulturkonferenz hat auch die Teilkonferenz Kultur primär die Aufgabe, fünf grosse Institutionen zu subventionieren, nämlich das Zentrum Paul Klee, das Historische Museum, das Kunstmuseum, das Stadttheater Bern, und das Berner Symphonieorchester. Die Kosten dieser Institutionen werden, gestützt auf Bestimmungen des Kulturförderungsgesetzes, zu 50 Prozent durch den Kanton Bern, zu 39 Prozent durch die Stadt Bern und zu 11 Prozent durch die umliegenden Gemeinden getragen. Die gesetzliche Bestimmung lautet, dass die umliegenden Gemeinden mindestens 10, maximal 15 Prozent Beiträge zu leisten haben.

Zu den *Aufgaben der Kommission Kultur* gehört die Bearbeitung des Controllings der Subventionsverträge, was am arbeitsintensivsten ist. Das neue regionale Gefäss soll aber insbesondere auch dafür genutzt werden, eine regionale Kulturpolitik zu entwickeln und ein regionales Kulturkonzept zu erarbeiten, welches in einer späteren Phase auch umgesetzt wird. Weitere Aufgabe ist die Zusammenarbeit mit anderen Kulturkommissionen und die Behandlung aller Fragen im Zusammenhang mit der regionalen Kulturförderung; hier spielt das Kulturförderungsgesetz bzw. dessen anstehende Totalrevision eine Rolle, wo die Teilkonferenz Kultur Stellungnahmen verfasst. Zurzeit ist die Teilkonferenz Kultur stark mit der Bearbeitung und Erneuerung der Subventionsverträge 2012- 2015 beschäftigt. Im Moment sind wir in der vierten Vertragsperiode und die gültigen Verträge mit den fünf grossen Institutionen laufen Ende 2011 aus. Die Vertragsverhandlungen laufen schon lange und das Vernehmlassungsverfahren in den Mitgliedsgemeinden ist am 10. November 2010 beendet worden. Den Gestaltungsmöglichkeiten im Kulturbereich sind relativ enge Grenzen gesetzt, da die finanziellen Auswirkungen der Finanzkrise in den Gemeinden weiterhin spürbar sind. Auch werden die Gemeinden mit der Steuergesetzrevision 2011 eine noch grössere Belastung erfahren. Ziel der Teilkonferenz Kultur war die Beibehaltung der bisherigen Subvention zusätzlich einer Teuerung von 2,5 Prozent, was einen jährlichen Beitrag an die fünf bzw. neu vier Institutionen von 55,5 Millionen Franken ausmachen würde. Die Resultate

der Konsultation in den Gemeinden sehen so aus, dass die Subventionsverträge eine breite Resonanz positiver Natur finden, die Sanierung des Stadttheaters jedoch alles andere als auf helle Begeisterung gestossen ist.

Stark gefordert ist die Teilkonferenz Kultur auch mit dem Projekt ‚Konzert Theater Bern‘. Die Umsetzung des Projekts hat drei Phasen: Klärungsphase, Definitionsphase, und Umsetzungsphase. Zurzeit befinden wir uns in der letzten Phase. Ziel ist, dass ab Juli 2011 nicht mehr zwei Institutionen, sondern die neu gegründete Stiftung ‚Konzert Theater Bern‘ das Geld bekommt.

3.2 Podiumsdiskussion: Perspektiven der regionalen Kulturpolitik

Teilnehmer: Anita Bernhard, Kantonale Vorsteherin des Amtes für Kultur
Peter Lüthi, Gemeindepräsident Wichtrach
Samuel Schwarz, Regisseur und Schauspieler
Alexander Tschäppät, Stadtpräsident von Bern
Moderation: Bernhard Giger, Leiter Kornhausforum

Einleitung:

Das Podiumsgespräch steht unter dem Thema "Perspektiven der Regionalen Kulturpolitik". Die Erneuerung der regionalen Kulturverträge ist weit davon entfernt, zu einem politischen Routinegeschäft zu werden. Immer wieder zu reden gibt der Verteilschlüssel zwischen Kanton, Regionsgemeinden und der Stadt. Zur Zeit übernimmt der Kanton 50% der anfallenden Kosten, die Stadt 39% und die restlichen 11% übernehmen die Regionsgemeinden. Die Auftakt-Frage an Alexander Tschäppät und Peter Lüthi: Was spricht aus Ihrer Sicht dafür, den Verteilschlüssel zu ändern?

Diskussion:

Alexander Tschäppät: Das Wichtigste vorneweg: Würden wir den Schlüssel jetzt ändern, kämen die Verträge nicht zustande und man müsste versuchen, die alten Verträge um ein Jahr zu verlängern. Damit würden aber auch die 2,5 Prozent Teuerung, die eigentlich einem Minimum an Aufstockung entsprechen, wegfallen. Die grösste Hürde, welche die Verträge nehmen müssen, sind nicht die ca. 80 Gemeinden, sondern die Stadt Bern, die der einleitend genannten Aufteilung erst im Parlament, dann in einer Volksabstimmung zustimmen muss.

Ob die 11 Prozent der Gemeinden richtig sind oder nicht, ist eine endlose Diskussion: Gesetzlich ist ein Beitrag zwischen 10 bis 15 Prozent möglich. Schon die Erhöhung von 10 auf 11 Prozent war aufwändig und schwer zu kommunizieren. Synergien sind schwer messbar: Was ist der Nebenvorteil für eine Standortgemeinde? Das fängt an beim Parking über die Gastronomie bis zum Image, von dem eine Gemeinde profitieren kann, wenn sie Standortgemeinde ist. Sieht man sich die Besucherzahlen an, scheint ein Beitrag ein wenig über 11 Prozent angemessen und solidarisch. Wir haben aber keine detaillierten Zahlen mehr und befinden uns in Sachen Kulturpolitik zurzeit in einem Umbauprozess zwischen Stadt und Kanton. Der Kanton hat mit der Schaffung kantonaler Häuser klare Prioritäten; er überlässt der Stadt und der Region andere Häuser. Es ist wohl der ungünstigste Zeitpunkt, den Beitrag der Gemeinden zu diskutieren. Wir müssen hinsichtlich der Veränderung der kantonalen Kulturstrategie ab 2016 schauen, ob allenfalls der Verteilschlüssel in der Regi-

on geändert werden kann. Gerade in der Stadt hört man seitens der Parteien viele Klagen, wonach die 11 Prozent zu wenig sind. Ich wünsche mir, dass die Gemeindeparlamentarier der umliegenden Gemeinden heute ihre Optik einbringen, um wenigstens die Verträge mit 11 Prozent über die Runden zu bringen, damit wir am Schluss nicht auf allen Ebenen Verlierer haben.

Bernhard Giger: Wie ist Ihr Gefühl zu den 11 Prozent?

Alexander Tschäppät: Ich denke, dass man mit solchen Veranstaltungen wie der heutigen, wo der Dialog gesucht wird, einsieht, dass ein Spiel mit dem Feuer kulturpolitisch schlimmer ist als die objektiv nicht nachvollziehbare Diskussion um ein einziges Prozent. Klar, Gemeinden, die unter Spardruck stehen, sehen das anders. Man kann nun Besucherströme anschauen oder über Nebenwerte diskutieren – letztlich sind dies unexakte Wissenschaften. Das oberste Ziel ist, die Subventionsverträge unter Dach zu bringen und diese wenigstens um 2,5 Prozent aufzustocken. Das ist wenig. Um eine Erhöhung anzustreben müssen wir nicht den Frühling des nächsten Jahres im Auge behalten, sondern neue Verhandlungen im Rahmen der Aufschlüsselung zwischen Stadt und Kanton führen.

Bernhard Giger: Als ich die Eingangsfrage gestellt hatte, haben Sie, Peter Lüthi, heftig reagiert und gesagt, darum gehe es nicht; worum geht es denn?

Peter Lüthi: Es stimmt, ich hatte mich so geäußert. Ich kann mich Alexander Tschäppät anschliessen: Während eines laufenden Prozesses die Spielregeln zu ändern, hat sich noch nie bewährt. Im Zusammenhang mit der Erneuerung der bestehenden Verträge haben wir nicht mehr viel Spielraum. Dazu, ob die Verteilung zwischen Kanton, Stadt und den Gemeinden richtig ist, möchte ich mich nicht äussern. In der Verteilung der 11 Prozent auf die Gemeinden sieht man aber, dass die Gemeinde Muri um 155'000 Franken entlastet, der äussere Kreis der Region um 128'000 Franken zusätzlich belastet wird. Darauf möchte ich zu sprechen kommen.

Ein Ausblick auf die nächste Phase der Erneuerung ist aber wichtiger. Das Thema heute ist "Perspektiven einer regionalen Kulturpolitik". Wir müssen über die nächste Phase diskutieren, auch über Bedürfnisse. Als Gemeindepräsident weit weg vom Stadtzentrum und als Ingenieur stütze ich mich dazu auf Zahlen. Ich mache mir folgende Überlegung: Institutionen, die wenig Subventionen brauchen, sind wahrscheinlich nahe am Bedürfnis und/oder machen ihre Arbeit sehr gut. Ich habe die Rechnung gemacht und untersucht, wie viel Subventionen wir pro Billett leisten. Ich habe vier Zahlen gefunden, die fünfte Zahl kann vielleicht von einem anderen Teilnehmer ergänzt werden. Dem Zentrum Paul Klee zahlen wir 36 Franken pro Eintritt, dem Historischen Museum 51 Franken, dem Kunstmuseum 87 Franken und dem Stadttheater 269 Franken. Für das Symphonieorchester habe ich keine Zahl gefunden.

Meine Aussage war: Wer wenig Subventionen braucht, scheint nahe am Bedürfnis zu sein. Das kann man umkehren: Wer viel braucht, ist entweder weit weg vom Bedürfnis oder macht seine Arbeit nicht gut. Beim Stadttheater stellt sich diese Frage. Nimmt man noch die Millionen dazu, die für die Sanierung des Hauses angekündigt sind, muss ich mich fragen: Sind wir mit der zurzeit ausgeführten Kosmetik auf dem richtigen Dampfer? Das mag salopp ausgedrückt sein. Aber ich sehe eine Fortsetzung der Politik der letzten 30 Jahre, die sich offensichtlich nicht bewährt hat. Vielleicht bekomme ich hier Argumente, die ich an

der Gemeindeversammlung weitergeben kann, wieso wir dem Stadttheater auf jedes Billett 269 Franken draufzahlen.

Samuel Schwarz: Der grundsätzlichen Skepsis der Gemeinden gegenüber der Subventionierung eines Billetts um 269 Franken muss ich leider Verständnis entgegenbringen, obwohl es gegen meine Interessen ist – wenn ich ein Stadttheater-Engagement habe, kann ich meine Familie vier Monate lang ernähren. Ich habe also ein persönliches Interesse daran, dass es das Stadttheater weiterhin gibt. Man muss aber in den Gemeinden Begeisterung und Vertrauen dafür schaffen, dass das neue Konzept "Konzert Theater Bern", das doch 75 Prozent aller Subventionen verschlingt, erfolgreich wird. Schauen Sie objektiv und unabhängig von meinen persönlichen Interessen, muss ich sagen: Das Vertrauen ist nicht da. Ich verstehe die Skepsis. Die derzeitige Zielsetzung, mit einem CEO über vier Sparten und mit 37 Millionen ein Spitzentheater mit internationaler Ausstrahlung zu machen, ist illusorisch. Ich sage später, warum, und wieso es ein Projekt braucht, bei dem die Gemeinden besser nachvollziehen können, weshalb sie das Geld investieren sollen.

Anita Bernhard: Ich finde es wichtig, dass wir heute keine Stadttheater-Diskussion führen; das Stadttheater ist nur ein Themenschwerpunkt, obschon zwar ein wichtiger. Der von Peter Lüthi angestellte Vergleich stellt eine rein betriebswirtschaftliche Sichtweise dar. Man darf aber nicht Äpfel mit Birnen vergleichen. Ein Stadttheater oder ein Orchester ist personalintensiv. Personalkosten sind die grössten Kostenträger. Ein Haus wie ein Museum hat andere Ausgaben und weniger Personal.

Zu Samuel Schwarz: Ich persönlich habe sehr viel Vertrauen in den Neuaufbruch des Konzert Theaters Bern. Es ist wirklich gelungen. Ich wünsche mir deshalb auch, dass Vertrauen seitens der Gemeinden in das neue Haus da ist. Es ist ein zukunftssträchtiges Modell mit einem CEO und vier Sparten. St. Gallen hat dasselbe Modell gewählt, es funktioniert sehr gut. Ich habe also hier eine andere Sichtweise.

Alexander Tschäppät: Es ist heikel, ein Museum mit einem symphonisch begleiteten Theater zu vergleichen. Wenn, dann müsste der Vergleich etwa mit dem Opernhaus Zürich angestellt werden. Zudem fehlt mir das kulturpolitische Verständnis für die Aussage von Samuel Schwarz, wenn er sagt: Was nichts kostet, ist gute Kultur – was etwas kostet, nicht. So gesehen, könnte man Heino- und Hansi-Hinterseer-Konzerte durchführen – die kosten nicht nur nichts, sondern bringen auch Geld. Es kann aber kultur- und bildungspolitisch nicht die Botschaft sein, dass man Kulturpolitik über die Billettpreise definiert.

Samuel Schwarz: Da gebe ich Ihnen recht. Trotzdem: Es ist für einen Wichtracher Bürger ein grosses Problem. Wenn dieser zur selben Einschätzung kommt wie ich – und ich komme aus der Branche – dass ein CEO-Modell mit 37 Millionen das Ziel nicht erreichen kann, ein Spitzentheater zu werden, muss man schon darüber reden, was da auf dem Weg ist. Und es ist komplex: Ein einziger CEO soll die Sensibilität haben, vier Sparten zu leiten. Das Modell ist bereits mit einem CEO über drei Sparten gescheitert. Als man Marc Adam gewählt hat, hat man betont, er sei ein guter Kaufmann. Wieso sollte man in Zukunft dieses Vertrauen haben? Ich habe es nicht, obwohl ich ein persönliches Interesse habe, dass es gut kommt.

Wenn man sieht, welcher Fokus gesetzt wird, wie viel in das konservative Musiktheater fliesst und wie wenig Publikum dies generiert, muss man sich schon überlegen: Welche Inhalte werden bedient? Welche Ästhetik? Ich möchte positiv argumentieren: Ich persön-

lich glaube, dass mit einer Konzentration des Opernbetriebs auf ein Festival-Gefäss viele Mittel für andere Sparten freigestellt werden könnten. Diese Sparten könnten so Spitzenklasse erreichen. Einen ganzjährigen Opernbetrieb aber, plus Ballett, plus Orchester, plus Spitzenklasse-Schauspiel – das kann man mit 37 Millionen Franken nicht erreichen. Es wird Mittelmass sein und keine regionale Ausstrahlung bis Wichtrach haben.

Alexander Tschäppät: Es sind die paar grossen Häuser, die den grossen Block an Subventionen absaugen. Das liegt im System begründet – ein hundertköpfiges Symphonieorchester oder ein Stadttheater kosten halt was. Das kulturpolitische Problem sehe ich darin, dass die freie Szene als die innovativste und kreativste den Preis dafür zahlt, wenn die anderen mehr brauchen. Es sind die Dojos, die kreativen Jazzer und Musiker, die abgeben müssen, weil das Etablierte immer teurer wird. Hier sehe ich grundsätzlich ein Problem in der Mittelverteilung.

Zum Theater: Der CEO soll nicht vier Sparten führen, sondern bei ihm soll das Management liegen, er soll die vier Spartenleiter entsprechend führen. Ich weiss nicht, ob es vier braucht oder nicht. Von mir aus hätte man auf ein eigenes Ballett verzichten können; vielleicht kommt man mal dazu, ein nationales Ballett zu gründen, indem sich Luzern, Bern, Basel und Zürich zusammenschliessen. Bei den wenigen Auftritten wäre dieser Weg wohl zukunftsweisender. Wenn ich nur die Kosten der Kulissen der jeweiligen Inszenierungen sehe! Dort ist schon mehr zu machen. Ich denke aber nicht, dass der Berner bereit gewesen wäre, Opern, Operetten und Schauspiel auf den Tisch zu legen und sich für eines davon zu entscheiden. Jedes davon hat sein Publikum. Es gehört zu solchen Theatern: Wir sind zu klein, um ein Schauspielhaus, ein Opernhaus, ein KKL zu unterhalten. Wir müssen es irgendwo zu optimieren versuchen.

Bernhard Giger: Es steht der Vorwurf von Samuel Schwarz im Raum, man gebe viel Geld für Mittelmass aus. Wie sieht das aus Ihrer Warte aus, Anita Bernhard?

Anita Bernhard: Ich möchte daran anknüpfen, was Alexander Tschäppät gesagt hat: Eine wichtige Funktion eines Theaters mit vier Sparten ist, dass sich die Leute damit identifizieren können. In so ein Haus gehen sie gerne. Eine nationale oder eine regionale Ausstrahlung – von einer internationalen Ausstrahlung ist nirgends die Rede – ist mit diesen Mitteln durchaus möglich. Man hat in den Medien lesen können, wie schwierig es in diesem Haus gewesen ist, und es wurden viele gegenseitige Anwürfe und Schuldzuweisungen in der Öffentlichkeit ausgebreitet. Von dem nun aber auf die Zukunft zu schliessen, ist heikel. Jetzt findet mit dem CEO und den vier Spartenleitern ein Neuanfang statt.

Samuel Schwarz: Es wird ein riesiges Problem geben. 37 Millionen ist für die Gemeinden viel, im internationalen und nationalen Vergleich aber unglaublich wenig. Deswegen plädiere ich dafür, die vorhandenen Potentiale besser zu nutzen. Ich behaupte, dass man mit einem Gefäss, wie beispielsweise "Musikfestspiele Bern", mit den Gemeinden viel besser zusammenarbeiten könnte und eine viel bessere Fokussierung erreichen würde. Ich spreche hier von einem Zeitraum von vier Monaten. Man könnte die Produktionen auch besser planen. Mit weniger, dafür besser durchdachten Produktionen und einer zeitlichen Fokussierung könnte man eine grössere Ausstrahlung erreichen. Einen ganzjährigen Opernbetrieb bei Spitzenqualität schafft man mit diesen Geldern nicht.

Anita Bernhard: Wir reden auf verschiedenen Ebenen. Sie sprechen stark vom Inhalt. Wir sprechen aber von der Struktur, also auf einer ganz anderen Ebene. Das sind verschiedene Dinge. Es ist nicht ausgeschlossen, dass Bern völlig neu ausgerichtet werden könnte. Auch hier werden Sachen miteinander verglichen, die nicht verglichen werden können.

Samuel Schwarz: Ich habe gut recherchiert. "Konzert Theater Bern" schreibt, man wolle die Anzahl der Produktionen nicht reduzieren, sondern erhalten.

Anita Bernhard: Das stimmt nicht. Aber es bringt nichts, auf dieser Ebene zu diskutieren. Diese Diskussionen wird man mit dem neuen CEO und den vier Spartenleitern führen können. Jetzt aber sind wir an einem anderen Ort; wir sind daran, das Haus bzw. das Gerüst neu zu bauen, Sie sprechen bereits von der Inneneinrichtung. Das kann man nicht vergleichen. Ihren Ansatz finde ich durchaus interessant. Es ist aber nicht der richtige Zeitpunkt, darüber zu reden.

Samuel Schwarz: Das ist die Frage. Wenn die Leute in den Gemeinden kein Vertrauen haben, dass künftig mit den Mitteln ökonomischer umgegangen wird, werden sie weder zu der Renovation, noch zu den neuen Subventionsverträgen Ja sagen. Es braucht durchaus eine Vision.

Bernhard Giger: Peter Lüthi, Sie nicken beim Stichwort "kein Vertrauen".

Peter Lüthi: Ich bin einverstanden mit Alexander Tschäppät – die Zahlen mögen plakativ, möglicherweise falsch errechnet sein; aber an der Gemeindeversammlung werde ich Fragen zu genau diesen Zahlen beantworten müssen. Darauf muss ich eine Antwort haben. Möglicherweise werden im Berner Stadtrat die intelligenteren Fragen gestellt. Aber auch Alexander Tschäppät und das Berner Parlament stehen vor einer Abstimmung, an welcher das Volk Ja sagen muss. Dort müssen einwandfreie Gründe kommuniziert werden. Anita Bernhard sagt: "Die Leute gehen gerne ins Konzert oder in die Oper." Wie viele Leute sind dies in Relation zu allen Steuerzahlern, die das Konzert oder die Oper finanzieren? Bei einer Abstimmung stimmt ein grosser Teil der Steuerzahler ab. Diese müssen wir überzeugen. Das Zweite, und das verstehe ich unter "Perspektiven einer regionalen Kulturpolitik": Wir finanzieren im Ist-Zustand etablierte Institutionen mit sehr viel Geld. Für alles andere bleibt nichts mehr. Entscheidend ist: Wenn wir "Perspektiven einer regionalen Kulturpolitik" wollen, müssen wir Mittel freistellen, um solche Sachen zu fördern. Das scheint mir ein zentraler Ansatz. Wir müssen dabei auch das Umfeld einbringen – Stichwort: "Kultur Mühle Hunziken" –, sonst sagen alle: "Wir finanzieren die Stadt Bern".

Bernhard Giger: Sie sagen, für alles andere bleibe nichts mehr. Was ist denn "alles andere", ausser gerade die Mühle Hunziken?

Peter Lüthi: Bei uns hatte der Kirchenchor am Wochenende ein Jubiläum. Dieser hat sich völlig selber finanziert und hat bei der Gemeinde nicht um Subventionen gebeten. Auch das ist Kultur! Wenn wir nun 54'000 Franken für das hier ausgeben müssen, bleibt für die Kultur in der Umgebung praktisch nichts mehr.

Samuel Schwarz: Ich glaube, dass man über den ‚Brand‘ von Bern bzw. der ganzen Region Bern sprechen sollte. Was ist Bern? Wo finden wir etwas spezifisch bernisches, von dem

man sagen kann, dass es uns verbindet? Bern ist zunächst mal die Hauptstadt. Dann gibt es eine Reihe sehr guter Dramatiker, die sich mit dieser Stadt auseinandergesetzt haben, zum Beispiel Friedrich Dürrenmatt oder Lukas Bärfuss. Bern ist somit als Hauptstadt automatisch auch das Zentrum der Schweizer Dramatiker. Das ist schon einiges. Hinzu kommt dass Bern die Hauptstadt ist der Musikszene, der Lyriker, der Songwriter, der Bands, vom Grenzbereich zwischen Poesie und Musik (Stiller Has, MC Kutti). Das ist spezifisch bernisch: das Parlament, der Diskurs, die Dramatiker, die Musik, und dadurch auch die populäre Musik. Dies zu stärken würde man verstehen. Dann könnte man sagen: Mühle Hunziken? Wunderbar! Dort gibt es Unplugged-Konzerte von unterschiedlich bekannten Bands, vom Stadttheater mitsubventioniert. Dort könnte man Mischformen kreieren, die gleichzeitig volkstümlich und intelligent sind und die eine Tradition bedienen, die mit uns etwas zu tun hat. Ich glaube, dass das konservative Musiktheater nicht die Tradition und Setzung hat, die der Subventionierung entspricht. Die Subventionierung ist im Verhältnis zu dem, was die Oper in Bern bedeutet, zu hoch. Deshalb glaube ich, dass die Oper besser ein von Sponsoren unterstütztes Festival bekommen sollte, das Spitzenklasse ist, man aber bei der Grosssubventionierung andere Schwerpunkte setzen sollte. Auf Lyriker oder Dramatiker, oder der Schwerpunkt sollte gelegt werden auf eine Art Nationaltheater, wo man unsere Dichter pflegt. Das soll kein Heimatschutz sein, aber das Zentrum von unserem Diskurs.

Alexander Tschäppät: Die Grundpfeiler in der Kultur sind Sprache und Musik. Beides wird nirgends mehr versinnbildlicht als im Orchester und im Theater. Daher ist für mich klar, dass man nicht hinterfragen muss, ob wir ein Stadttheater oder ein Symphonieorchester brauchen. Es sind die Grundvoraussetzungen einer Kulturpolitik. Das führt zu Konservatorien, Musikschulen und so weiter. Darüber muss man nicht diskutieren. Aber man darf die Frage stellen, wie viel uns welcher Level wert ist. Wollen wir in der Regional- oder in der Nationalliga spielen, oder wollen wir in die Champions League? Das ist eine Frage des investierten Geldes. Man muss aber auch sehen, wie viel ein Ticket in der Champions League kostet – daneben ist der Berner Preis schon fast Discount. Ich möchte den Fokus auf die Frage legen: Wie viel ist uns Kultur wert? Wenn ich sehe, was eine Trottoir-Absenkung kostet... Wir können auch über Wertschöpfungsketten reden oder darüber, was ein in die Kultur investierter Franken reproduziert. Er ist bedeutend attraktiver als eine Investition anderswo. Ich teile die Meinung: Bern hat kulturpolitische Leuchttürme. Ich bin absolut einverstanden, diese mehr zu stärken. Ich bin aber nicht einverstanden damit, sie zu stärken, indem man den anderen etwas wegnimmt. Sondern man muss die Diskussion führen, ob wir in den Jahresbilanzen die richtigen Akzente gesetzt haben. Oft spielt es keine Rolle, was etwas kostet, es wird einfach durchgezogen; so sind wir im Standard unserer Strassen Weltmeister. Wir flicken unsere Strassen prophylaktisch, bevor die Löcher da sind. Hier kann man diskutieren, ob wir die richtigen Prioritäten setzen oder ob man mehr in Kulturpolitik investieren sollte. Ich bin aber dagegen, innerhalb der Kultur etwa der Symphonie den Schwarzen Peter zuzuspielen.

Samuel Schwarz: Nicht wegnehmen! Das ist ein Missverständnis. Dass es ein Berner Symphonie Orchester als Motor geben muss, ist klar. Man soll diesem aber die Möglichkeit geben, ein attraktiveres Format zu bekommen, bei dem man auch mehr private Gelder einholen kann. Hier braucht es eine Konzentration. Selbst Pereira schafft es nur aufgrund seiner finanziellen Mittel, Sponsorengelder aufzutreiben. Dank seiner Mittel hat er Zeit und Musse, Gelder aufzutreiben. Das geht in Bern nicht. Man müsste einem potentiellen Berner

Pereira grössere Möglichkeiten fürs Lobbying geben; mit einem ganzjährigen Opernbetrieb kann er dies nicht leisten, das würde seine Ressourcen übersteigen.

Anita Bernhard: Kulturpolitisch ist das Thema der Verteilung eine extrem wichtige Frage, die man alle paar Jahre neu stellen muss. Auch ich bedaure es, nicht mehr Mittel für die Förderung modernerer, freierer Formen zu haben. Im Vergleich zu den Institutionen sind das natürlich kleinere Brötchen, das andere sind Riesenhäuser. Diese Diskussion immer wieder zu führen ist ein wichtiger Aushandlungsprozess zwischen Kanton, Standortgemeinden und der Region. Die Diskussion ist hart, Einigkeit herzustellen ist schwierig. Wir sind in einem Gleis der Tradition mit hundertjährigen und noch älteren Traditionen. Das ist gut so, beinhaltet aber gleichzeitig die Gefahr, dass neue Formen des kulturellen Lebens zu kurz kommen.

Bernhard Giger: Ich möchte es gern konkretisiert haben. Peter Lüthi spricht vom Kirchenchor, Samuel Schwarz spricht von Kutti MC oder Stiller Has. Was könnte sich mit einem neuen kantonalen Kulturförderungsgesetz ändern? Was könnte ausser den vier sehr etablierten Häusern eher berücksichtigt werden, auch in der Region?

Anita Bernhard: Vorausschicken möchte ich: das Kulturförderungsgesetz kann und soll nichts Revolutionäres sein. Ein Gesetz ist etwas Langweiliges und gleichzeitig etwas Wichtiges: Es muss einen guten Rahmen schaffen dafür, dass sich das kulturelle Leben entfalten kann. Im Gesetz steht nicht, mit wie viel Prozent ein MC Kutti oder ein Kirchenchor finanziert werden soll. Und es ist uns wichtig, dieses Gesetz modernen Rahmenbedingungen anzupassen. Das Spezielle in der Kulturpolitik des Kantons Bern ist, dass Kanton, Region und Standortgemeinden diese Kultur zusammen finanzieren. Das hat Vorteile, weil das Getragenwerden verteilt wird. Es hat auch Herausforderungen, denn man muss sich finden und gemeinsam sagen, was man finanzieren will. Das ist ein Aushandlungsprozess.

Samuel Schwarz: Ich möchte ja auch, dass alles gut wird. Alle Gemeinden sollen Ja sagen, und es soll ein wunderbares Theater geben. Ich bin aber aus der Praxis und weiss gewisse Dinge. Ich weiss, dass nur schon die Kommunikationsarbeit extrem viel Geld kostet. Wenn ich eine Schulklasse in eine Vorstellung bringen will, kostet mich das viel Zeit und Geld. Das gilt auch für die Zusammenarbeit mit den Gemeinden. Angenommen, wir machen mit Sir Simon Rattle in den Steinbrüchen eine neue Paul-Klee-Oper. Das kostet viel, vor allem mit der Zielsetzung, wirklich mit den Gemeinden zusammenzuarbeiten, dass diese auch etwas davon haben. Ich bin sehr, sehr skeptisch, dass man es mit einem ganzjährigen Opernbetrieb schafft. Man hat die Ressourcen nicht, das wird scheitern. Nicht am Willen, sondern an den Mitteln.

Bernhard Giger: Dieselbe Frage an Peter Lüthi: Was könnte man in den Regionen noch besser unterstützen?

Peter Lüthi: Ich kann Ihnen nicht im Detail sagen, was, wie, wo, und wann finanziert werden soll. Aber ich möchte auf das Thema der Mittel zurückkommen. Alexander Tschäppät hat es bereits angesprochen. Er erwähnte, dass man z.B. von der Strasse umverlagern könnte. Im Moment kämpfen wir mit einem anderen Problem, nämlich damit, dass der Kanton uns Geld weggenommen hat. Wir müssen schauen, wie wir diese Lücke schliessen. Hier wende ich mich an die anwesenden Parlamentarier, denn wir haben ein echtes Prob-

lem. Der Automatismus der Steuergesetzgebung bewirkt, dass die Gemeinden weniger Geld zur Verfügung haben. Hierzu ist eine Motion im Grossen Rat hängig, mit der man bewirken will, dass ein gewisser Ausgleich stattfindet. Ich möchte die anwesenden Grossräte auffordern, sie zu unterstützen. Im Moment sind wir darauf fokussiert, zu untersuchen, wo wir den künftigen Ausfall kompensieren können. Es müssen alle sparen. Der Kanton macht das wunderbar – wir haben es jetzt im Budget der Region. Im Kulturbericht steht: Der Kanton kürzt 14'000 Franken, und das wird den Gemeinden übertragen. Man sagt, das mache pro Einwohner nur drei Rappen. Aber so kann es nicht weitergehen!

Ich komme nun zur Regionalkonferenz: Obschon ein kritischer Geist, bin ich heute ein Befürworter der Regionalkonferenz. Sie darf aber nicht einfach ein Ja-Sager-Gremium werden, das Aufgaben abwinkt, die der Kanton gern erledigt hätte. Sondern es soll ein Gremium werden, das sich gegen aussen äussert. Wenn wir als Wichtracher in der Presse etwas äussern, wird das nicht wahrgenommen. Wenn aber 98 Gemeinden ihre Bedürfnisse äussern, dann hat dies ein anderes Gewicht. Im Steuergesetz haben wir einen ersten Ansatz zu spät, zu schlecht organisiert. Aber wenigstens hat man im Ansatz etwas zu bewirken versucht. Wir müssen weitergehen. Daraus kann sich ergeben, dass man in den Strukturen bzw. den Vorgaben etwas ändern kann, damit man in dem Bereich zu anderen Mitteln kommt. Dann können wir unserer Bevölkerung sagen, dass wir im Steuerbereich unsere Hoheit behalten und unsere Planungen in den Gemeinden entsprechend kommunizieren können. So bringen wir vielleicht mehr Mittel zusammen. Es ist Sache der Spezialisten, saubere, klare Prioritätenlisten zu kommunizieren und zu sagen, weshalb man wie viel in das Bestehende bzw. wie viel für neue Bedürfnisse steckt. Dies erfordert aber auch im Bereich des Bestehenden schmerzhaftes Führungsentscheide. Man muss Abstriche machen, damit diese sich konkurrenzieren können.

Zum Prozess im Zusammenhang mit der Zusammenführung von Symphonieorchester und Stadttheater: Es kam in der Bevölkerung gar nicht gut an, wie sich die Organe verhalten und wie sie sich gegen die Massnahmen gestäubt haben. Das war keine Kulturförderung, das möchte ich klar festhalten. Diese Organe müssten mithelfen, in der Prioritätenregelung mitzuarbeiten. Auch das wäre ein Thema, das ich gerne eingebracht hätte.

Bernhard Giger: Dass man miteinander streitet, sollte eigentlich legitim sein. Wir sollten zum Schluss kommen. Peter Lüthi erwähnte die Regionalkonferenz – sie ist neu und mit grossen Hoffnungen in der Region befrachtet. Ich möchte von den Vertretern von Stadt und Kanton gerne hören, was Ihre Erwartungen bezüglich Kultur an diese Regionalkonferenz sind. Ist sie schön zu haben, oder bringt sie wirklich etwas?

Alexander Tschäppät: Wir haben einen grossen Vorsprung gegenüber sehr vielen Kantonen, denn bei uns gibt es ein solches Gefäss. Beispielsweise wird die Kultur von 80 Gemeinden miteinander geteilt. Über den Inhalt müssen nicht alle begeistert sein, aber man ist sich einig, dass man es zusammen machen will. Zweitens: Es ist zunächst mal ein Gefäss, in welchem Gemeindepräsidenten auf derselben Ebene miteinander reden können. Es ist ein Gefäss zum Meinungs austausch. Viele unserer Probleme liegen ja nicht darin begründet, dass wir völlig andere Meinungen hätten, sondern darin, dass wir Sorgen und Erfahrungen nicht austauschen und den Dialog nicht suchen. Dafür ist die Regionalkonferenz ein ideales Gefäss. Man kann um Verständnis füreinander werben. Wer glaubt, die Regionalkonferenz sei der erste Schritt, zu einer einzigen Gemeinde zu werden und sich nur noch bestens zu verstehen, der irrt. Der Gemeindepräsident von Clavaleyres (58 Einwohner) sitzt in derselben Konferenz wie der Berner Stadtpräsident (132'000 Einwohner).

Dass man nicht auf dieselben Lösungen kommen kann, leuchtet ein. Die haben andere Sorgen als wir. Die Tatsache aber, dass man begreift, was der für Sorgen hat, dass man mal zuhört, das ist schon ein gewaltiger Fortschritt. Deshalb: Die Regionalkonferenz wird so gut sein, wie die Harmonie in ihr hergestellt werden kann. Wenn ich meinen Zettel erhebe, gebe ich 41 Stimmen ab; daneben gibt es 41 Gemeinden, die nur eine Stimme haben. Sie können sich vorstellen, was das für eine Stimmung ergibt. Deshalb ist dies ein Gefäss, wo man den Ausgleich suchen muss. Ich verspreche mir hier mittelfristig schon ein besseres Verständnis untereinander.

Anita Bernhard: Die Regionalkonferenz ist sicher eine riesige Leistung. Auch ich bin der Meinung, der Kanton Bern ist hier weit fortgeschritten. Im Moment scheinen mir aber die Rollen von Regionalkonferenz und Kanton noch nicht ganz geklärt. Wir haben beim Aushandeln der Verträge gemerkt, dass Unklarheiten bezüglich Aufgaben, Kompetenzen und Verantwortlichkeiten bestehen. Daran müssen wir arbeiten. Es ist wichtig, einen Dialog auf derselben Augenhöhe zu haben und keinen Machtkampf zu betreiben. Ich bin zuversichtlich, dass man das können wird – auch in der Kulturpolitik.

Samuel Schwarz: Ich bin skeptisch. Grundsätzlich bin ich dafür, dass die Regionalkonferenz zu einer Lösung führt, dass das Stadttheater auch von den Gemeinden subventioniert wird, und dass die Renovation mitgetragen wird. Meiner Meinung nach mussten aber in letzter Zeit die Gemeinden elitäre Grundsätze abnicken. Das kommt so rüber. Nicht einmal ich als urbaner Mensch, der will, dass möglichst viel Geld in die Kultur investiert wird, habe das Vertrauen in die Organe. Da wird irgendwas entschieden, irgendwas evaluiert, und es kommt irgendein Resultat heraus. Man holt keine Spezialisten, sondern irgendwelche McKinseyhafte Berater aus Basel, die für viel Geld irgendwelche komischen Berichte abliefern. Und am Schluss kommt etwas dabei heraus, zu dem alle Nein sagen. Dann kommt der nächste Berater und es gibt die nächste Evaluation mit irgendeinem Resultat. Ich denke, der Schuss wird hinten rausgehen. Die Gemeinden werden Nein sagen – zur Renovation und zu den neuen Subventionsverträgen. Weil man es nicht schafft, für das Theater Begeisterung zu schaffen. Weil, wie Peter Lüthi richtig gesagt hat, die verantwortlichen, gewählten Leute die Kompetenz nicht haben, sowohl zwischenmenschlich als auch kommunikativ, etwas zu machen, das begeistert. Hier haben wir ein Riesenproblem. Man kann nicht einfach sagen: "Wir alle haben gern Kultur, und es ist einfach nötig, dass der Platz 269 Franken kostet." Die Zeiten sind nicht mehr so. In Deutschland schliessen bereits Theater, weil die Bürger dieses Spiel nicht mehr mitmachen. Man muss umdenken, sonst machen die Bürger nicht mehr mit. Ich persönlich mache gerne elitäres Theater für 50 Leute zu einem fetten Lohn. Aber auch ich musste umdenken, auch ich habe merken müssen, dass ich etwas liefern muss, das die Leute verstehen. Trotzdem darf ich meine qualitativen und individuellen Ansprüche nicht vergessen. Ich glaube schon, dass auch die Kulturschaffenden ein wenig den Tritt in den Hintern brauchen – aber auch die Kulturpolitiker, denn sonst machen die Gemeinden nicht mit.

Bernhard Giger: Wir kommen zum Ende des Podiums. Eine spannende Konstellation: Der Kulturschaffende aus der Stadt solidarisiert sich mit den Regionsgemeinden. Das ist doch eine neue Ausgangslage und vielleicht für die Workshops von heute Nachmittag ein Fingerzeig. Sind noch Fragen?

Publikumsfrage: Können wir ein Theaterstück mit dem Titel "Regionalkonferenz" im Stadttheater unter Regisseur Schwarz erwarten?

Samuel Schwarz: Ich habe mich beworben – man hat mich nicht genommen.

Publikumsfrage: Ich habe den Eindruck, der Stadttheater-Umbau steht und fällt mit der Kultur. Einerseits haben wir subventionierte Beamtenkultur, deren Resultate wir aus den Medien kennen. Dem stelle ich eine marketingorientierte Kultur auf Subventionsbasis entgegen, die es eher schafft. Die Subventionsbasis soll dazu dienen, eine Grundstruktur eines Personalkörpers zu unterhalten. Meine Frage: Was ist aus diesem neuen Betrieb zu erwarten? Sie haben eine Menge guter Beispiele gezeigt. Ich sehe keinen Hinderungsgrund. Wann bringen Sie das ein? Sie können ja den CEO überzeugen.

Samuel Schwarz: Der CEO wird nur an sein eigenes Werk im internationalen Bezug denken, er wird die Region vergessen. Man wird nicht den wählen, der das kann. Man wird irgendeine Pfeife wählen.

Jacqueline Gafner: Wie wir uns in der Agglomerationskommission erhofft haben, war es eine interessante, kontroverse Diskussion. Neue Ideen sind gekommen. Bei allen unterschiedlichen Nuancen, die ich alle nachvollziehen kann, besteht in dieser Runde zumindest der Konsens, dass Bern als Zentrum der Hauptstadtregion Schweiz ein gewisses Kulturangebot haben und dass es mindestens 37 Millionen plus Teuerung kosten muss. Man sollte vielleicht daran arbeiten, in Zukunft mehr zur Verfügung zu haben – unabhängig von der Frage, wie der Kuchen dann verteilt wird. Man könnte in verschiedenen Perioden unterschiedliche Schwerpunkte setzen, etwa im Bereich freie Kultur. Zurück zur Frage: Ist es Konsens, dass Bern als Hauptstadt mit der zugehörigen Region einfach ein gewisses Mass an Kultur haben muss, um den Anspruch zu haben, Hauptstadt zu sein? Ist man bereit, dieses Geld zu beschaffen? Diese Frage richtet sich auch an den Kanton: Sind die 50 Prozent des Kantons genug?

Peter Lüthi: Grundsätzlich würde ich mit Ja antworten. Ich ergänze ein kleines Aber: Es ist schlecht, sich mit Zürich, Genf oder einer anderen Stadt vergleichen zu wollen. Wir sind gut verbunden – wer nach Zürich will, ist schnell dort und am selben Abend wieder in Bern. Wichtiger wäre es mir, zu schauen, ob wir nicht eine gewisse Eigenständigkeit entwickeln könnten.

Alexander Tschäppät: Dass eine Hauptstadt ein gewisses kulturelles Programm für ihre Bewohner und Gäste, auch für die internationale Diplomatie, bieten können muss, dünkt mich ein minimaler Anspruch. Über die Höhe kann man diskutieren. Nicht diskutiert haben wir Folgendes: Prügelknabe ist immer die Stadt Bern, weil sich je länger, je mehr alles im Zentrum konzentriert. Gäbe es mehr Vidmarhallen, mehr Mühlen Hunziken, würde man auch darüber sprechen, wie man solche Veranstalter subventionieren könnte. Der Trend ist aber umgekehrt, auch von den Vorortsgemeinden: Möglichst ins Zentrum, in den Kern. Dies führt zu einem Anti-Stadt-Reflex, indem man mit der Zeit den Eindruck bekommt, die Stadt sei ein Moloch, der alles zu schlucken versucht. Ich habe kein Problem damit, wenn Sie in Ihren Gemeinden Vidmarhallen bauen wollen. Da helfen wir auch solidarisch zahlen. Vielleicht müssen wir über den Schlüssel reden und sagen, die Standortgemeinde müsse 39 Prozent zahlen und Bern nur noch 11. Bei der Vidmarhalle zahlt Bern, obwohl sie nicht Standortgemeinde ist, 39 Prozent und Köniz nur 11 Prozent. Das wären die spannenden Diskussionen, der Trend allerdings ist genau umgekehrt. Das ist wie beim Bildungsangebot: Es kommt immer mehr ins Zentrum, was zu mehr Druck in der Stadt und zu einer Ab-

wehrreaktion in den Vorortsgemeinden führt, weil dort der Eindruck entsteht, man wolle sich alles schnappen.

Anita Bernhard: Ich kann die Frage klar mit Ja beantworten. Sie haben zudem die Frage gestellt, ob der Kanton allenfalls mehr übernehmen müsste. Man muss sich bei diesen ganzen Diskussionen um die Verteilschlüssel immer bewusst sein: Kanton, Stadt und Gemeinden bekommen ihre Gelder von den Steuerzahlerinnen und Steuerzahlern. Wir haben dieselbe Masse Geld, verteilen sie einfach untereinander. Über das FILAG wird sowieso wieder an alle verteilt, und dann zahlen halt die Oberländer in Gadmen 6 Franken mehr, dafür die von Wichtrach 30 Rappen weniger. Wir zehren alle von demselben Steuersubstrat. Das ist die Gefahr in der Kulturpolitik, und es ist auch logisch: Sie ist eng mit der Finanzpolitik verbunden. Ich wünsche mir, daran zu denken, dass es um Inhalte, um Identifikation geht, und dass wir eine Kultur brauchen, mit der wir uns mit unserer Lebensumgebung identifizieren können.

Publikumsvotum: Ich bin im Verwaltungsrat des Stadttheaters, im Stiftungsrat des Zentrums Paul Klee, Präsident des Stiftungsrats des Historischen Museums. Ich höre hier heute, dass wir das Verständnis und die Begeisterung für diese Institutionen aus der Stadt ins Umfeld rausbringen müssen, und dass man auch im Kulturbereich merken muss, dass man zusammengehört. Deshalb zwei Anregungen für den Workshop von heute Nachmittag: Ist der Ausdruck: "Musenmüntschi" gut? Zweitens: Ist der Name "Stadttheater" für das Haus, das wir mit Ihrer Hilfe renovieren wollen, noch richtig gewählt?

4 Workshops

4.1 Workshop I: Organisation und Funktionsweise der RK Bern-Mittelland

Moderation: Peter Künzler (AKO)

Sprecher: Peter Künzler (AKO)

Teilnehmer/innen: Peter Künzler (AKO), Pascal Lerch (Münchenbuchsee), Beat Wegmüller (Muri), Roland Rüfli (Ostermundigen), Lucia Müller (Ostermundigen), Peter Traber (Zollikofen), Jaques Blumer (Worb), Adolf Seematter (Worb), Liz Fischli-Giesser (Köniz), Martin Mäder (AKO)

Ausgangsfragen:

- Welche Organe und Zuständigkeiten besitzt die Regionalkonferenz Bern Mittelland gemäss Geschäftsreglement?
- Wie funktioniert die Regionalkonferenz in der Praxis und welche Aufgaben wird sie in Zukunft erfüllen?
- Welche Mitwirkungsmöglichkeiten haben kommunale Parlamente?

Ergebnisse und Diskussion:

Peter Künzler: Unser Workshop war eine Einführung in die Regionalstruktur, die in eine Diskussion um die Behandlung regionaler Beschlüsse oder von Vernehmlassungen im Rahmen der Gemeinden mündete. Wir stellen nur die Resultate der Diskussion vor. Vertreten waren die Gemeinden Münchenbuchsee, Muri, Köniz, Worb, Ostermundigen, Bern und Zollikofen. Angesetzt haben wir beim Referendum. Aus aktuellem Anlass sind wir auf die Vernehmlassung des regionalen Richtplans "Siedlung und Verkehr" zu sprechen gekommen. Wir haben zusammenfassend notiert, wie die verschiedenen Gemeinden konkret versucht haben, den Richtplan zu vernehmlassen. Schliesslich versuchten wir erste Lehren zu ziehen. Der schwierigste Punkt war der Zeitfaktor – nach Meinung aller Teilnehmenden stand die Vernehmlassung unter ausserordentlichem Zeitdruck. Die Absprache innerhalb der Gemeinden mit diesem Zeitkorsett wurde als schwierig empfunden.

In *Münchenbuchsee* hat die Planungskommission die erste Runde gemacht, danach ging die Vernehmlassung weiter an den Gemeinderat und später zum Grossen Gemeinderat. Die Vernehmlassung wurde Punkt für Punkt parlamentarisch diskutiert. In *Muri* ging der Gemeinderat voraus – eigentlich ein logisches Vorgehen. Beim Thema "Regionales Referendum" liess Muri dem Gemeinderat den Vortritt, das Gemeindeparlament hat sich zurückgenommen. Der Gemeinderat hat das Geschäft in die GPK eingebracht, von dort ist es dann in den Grossen Gemeinderat gelangt. In *Worb* übernahm erst die Planungskommission die Vernehmlassung, dann ging diese weiter in den Gemeinderat. In *Ostermundigen* war die Reihenfolge der Vernehmlassung wie folgt: Planungskommission – Gemeinderat – Grosser Gemeinderat – und dann wieder zurück an den Gemeinderat. In *Bern* erfolgte eine Parallelbehandlung der Vernehmlassung durch den Gemeinderat, die Agglomerationskommission und die Planungskommission. In *Zollikofen* war die Reihenfolge: Planungskommission – GPK – Gemeinderat, wobei die GPK eine Bereinigung der Vorarbeit der Fachkommission Planung vornahm. Zollikofen hat zudem noch die Umweltkommission ein-

geschaltet – in mancher Hinsicht war die Behandlung durch Zollikofen die komplexeste und vernetzteste von allen. Für das Vorgehen in Köniz gebe ich das Wort weiter an die Referentin für Köniz – wie ist es in Köniz gegangen?

Liz Fischli-Giesser: In Köniz ist es gar nicht gegangen. Der Gemeinderat wird dazu noch Stellung nehmen. Unser Parlamentsbüro hat die Sache angeschaut und danach verzichtet, daran weiterzuarbeiten und eine Stellungnahme abzugeben. In Köniz läuft momentan gleichzeitig die Ortsplanrevision. Zu diesem Thema fanden öffentliche Mitwirkungen mit allen Parteien, Ortsverbänden und Leisten statt. Ich behaupte nicht, dass dies die besten Lösung ist, aber im Moment ist es einfach so.

Peter Künzler: Wir alle hatten das Gefühl, dass im Verfahren ein wenig improvisiert wird. Für uns war klar, dass kein politisch gestützter Ablauf existiert. Namentlich in Worb wurde betont, dass es je nach Integration der Gemeinde in der Region ein Werk mit grossen Konsequenzen darstellt. Daher sind wir in Bezug auf die Seriosität und Vertiefung, die wir mit der Vernehmlassung erreichen konnten, nicht nur mit guten Gefühlen aus dem Prozess gekommen.

Weitere Anregungen und Resultate aus dem Workshop:

- Aus unserer Sicht müsste von der Region her eine Liste der Geschäfte existieren, bei denen das Gemeindereferendum ergriffen werden kann. In der Traktandenliste der Regionalkonferenz könnten solche Geschäfte explizit aufgeführt werden. Wer immer es im Parlament oder in der Gemeindeverwaltung behandelt, sollte, wo ein Referendum möglich ist, schnell aktiv werden. Dies als wichtige Anregung.
- Erneut diskutiert wurde der Zeitbedarf für ein Referendum. Die Gemeinden, bei denen die Kompetenz zum Referendum bei den Parlamenten liegt, haben ein Zeitproblem. Wir haben vor allem die Koordination der verschiedenen Gemeinden als ein grosses Problem erkannt. Ich wiederhole das Resultat einer früheren Veranstaltung: Das Ratssekretariat des Stadtrats Bern bzw. das Sekretariat der Agglomerationskommission hat sich als Clearing-Stelle zur Verfügung gestellt. Man kann dort anrufen und fragen, ob sich schon andere Gemeinden gemeldet haben. Mit der knappen Frist von 90 Tagen ist es schwierig, überhaupt handlungsfähig zu bleiben.

Publikumsfrage: Zu den Vernehmlassungen: Ist es richtig, dass Bern mehrere Vernehmlassungen, andere Gemeinden jeweils eine eingereicht haben?

Peter Künzler: So viel ich weiss, hat auch Zollikofen zwei Vernehmlassungen – eine gemeinderätliche und eine parlamentarische – eingereicht. Das ist erlaubt, obwohl vielleicht nicht unproblematisch.

4.2 Workshop II: Teilkonferenz Kultur

Moderation:	Ursula Marti (AKO)
Sprecher:	Ursula Marti, Nicola v. Greyerz, Patrizia Mordini, Stephanie Staub-Muheim, Rahel Wagner
Teilnehmer/innen:	Ursula Marti (AKO), Peter Ammann (AKO), Rahel Wagner (Ostermundigen), Ursula Schneider (Münsingen), Patrizia Mordini (AKO), Peter Kneubühler (Muri), Stephanie Staub-Muheim (Köniz), Christa Kühn (Worb), Lucia Müller (Ostermundigen), Nicola von Greyerz (Bern), Samuel Schwarz

Ausgangsfragen:

- Wie gestaltet sich die Zusammenarbeit der Regionsgemeinden in der Teilkonferenz Kultur?
- Wie gestaltet sich die Finanzierung der Kultur in der Stadt, wie in der Region?

Ursula Marti: Die Gruppe Kultur hat folgende Themenblöcke isoliert:

- Gruppe 1: Welche Prioritäten wollen wir in der Kultur setzen? Hier haben wir an die Diskussion im Podium angeknüpft, ob ein Festival eine Alternative zu einem Opern-Ensemble wäre.
- Gruppe 2: Kulturverträge und Renovation Stadttheater: Wer übernimmt die Kosten? Die Frage wird auf uns alle zukommen.
- Gruppe 3: Wie wird mit Institutionen ausserhalb der Stadt Bern umgegangen? Bekanntestes Beispiel ist die Mühle Hunziken.
- Gruppe 4: Kulturvermittlung: Ist in den Schulen mehr zu unternehmen, um den Jugendlichen Kultur, insbesondere traditionelle Kultur besser zu vermitteln?

Jede Gruppe hat eine Sprecherin/einen Sprecher.

Nicola von Greyerz, Gruppe 1: Zu den Prioritäten: Man wird in Zukunft Synergien bilden müssen. Alexander Tschäppät brachte das Beispiel "Nationalballett". Ist es sinnvoll, dass nicht mehr jede Stadt ein eigenes Ballett hat? Ist ein Festival-Betrieb in der geldintensivsten Sparte Oper sinnvoll, um Synergien zu nutzen? Wir halten es unter Umständen für einen gangbaren Weg. Beim Sprechtheater hingegen halten wir es für wichtig, dass in Bern weiterhin ein in der Stadt wirklich verankertes Ensemble besteht. Wir fragten uns, welche Kultur von der öffentlichen Hand gefördert werden soll – die professionelle Kultur, also die Kultur, welche für Leute einen Broterwerb darstellt? Oder die Laien-, die Hobbykultur? Was soll wie finanziert werden? Wo ist der Finanzierungswille grösser? In der Podiumsdiskussion wurde der Kirchenchor als Laienkultur erwähnt, wo vielleicht der Finanzierungswille grösser ist. Wir sind also in der Diskussion "Hochkultur" versus "Kultur für die breite Masse". Es ist klar: Man muss Bemühungen anstellen, für eine breitere Schicht Kultur zu machen. Die Frage ist, was man mit öffentlichen Mitteln finanziert, wie man es finanziert, wer es finanziert.

Patrizia Mordini, Gruppe 2: Wir diskutierten die laufenden Kulturverträge, die in Bern im Mai vors Volk kommen. Vor allem das Stadttheater ist ein kontroverses Thema. Museen waren eigentlich unbestritten, da diese ein breites Publikum ansprechen und billiger sind als ein Stadttheater. Was sagen die Gemeinden zu den Kulturverträgen, was zur anstehenden Renovation des Stadttheaters? Ich fasse die Positionen der Gemeinden zusammen:

- Ostermundigen sagt Ja zu den Kulturverträgen und zu der Renovation des Stadttheaters. Man fügt aber zu Letzterem die Bemerkung an, dass es nicht teurer werden darf. Als weitere Bedingung müssen mindestens 60 Prozent der Gemeinden zustimmen, ansonsten wird auch Ostermundigen nicht mitmachen. Für Ostermundigen ist weiter wichtig festzuhalten, dass es bisher als sozial-schwache Gemeinde via FILAG viel Geld erhalten hat. Das wird nun getrennt, die Geldausschüttung erfolgt neu pro Kopf und Ostermundigen hat nun den zweithöchsten Betrag. Das ist schwierig.
- Köniz sagt Ja, mit Wenn und Aber. Man will in Köniz dem Stadttheater nicht a priori die Türen schliessen, findet aber, dass die Sanierung und Instandhaltung eines Gebäudes Sache des Besitzers ist. Köniz sagt somit Nein zu einer Beteiligung an den Sanierungskosten. Köniz ist hingegen bereit, nach der Sanierung eine sogenannte Kostenmiete nach einem angemessenen Schlüssel mitzutragen.
- Münsingen sagt Nein zur Renovation des Stadttheaters. Man habe selbst die Kosten des Schlosses zu tragen, habe selbst Häuser, zu denen man schauen müsse. Bern habe keine Rückstellungen gemacht.
- Worb äussert sich ähnlich. Worb sagt Nein zur Renovation – das Stadttheater sei ein städtisches Haus. Man habe wenig Geld und müsse schauen, wohin man es geben wolle.
- Muri sagt Ja, wobei hier unklar ist, ob bei der Renovation des Stadttheaters wirklich ein Ja kommen kann. Das war kontrovers. Muri bringt weiter ein, dass sie via FILAG sehr viel zahlen. In der Diskussion stellten wir aber fest, dass wir FILAG und die Subventionen nicht vermischen sollten.

Insgesamt besteht für die Kulturverträge viel Goodwill. Schwieriger ist die Renovation des Stadttheaters, da diese das Stadt-Budget betrifft und es schwieriger ist, dazu Ja zu sagen. Wichtig sind auch die Inhalte: Wofür zahlt man eigentlich? Man weiss zurzeit noch nicht, wie sich „Konzert Theater Bern“ entwickeln wird.

Stephanie Staub, Gruppe 3: Thema waren die Institutionen ausserhalb der Stadt Bern. Viel zu diskutieren gab der neue Schlüssel "Beitrag pro Einwohner", der den Sozialindex ablöst. Grundproblem ist, dass der Kuchen neu verteilt wird. Das hat wegen der Begehrlichkeiten der Institutionen viele Diskussionen ausgelöst. Wir diskutierten die Ereignisse in Köniz. Aus den Diskussion hat sich sofort ergeben, dass z.B. das Schloss ein grosser Posten ist. Zu seiner Aufbereitung bestand bereits einmal ein Projekt mit 25 bis 30 Millionen. Wenn nun natürlich die Mühle Hunziken Geld bekommt, dann müsste sich auch Köniz einsetzen, künftig Gelder zu bekommen. Die Vidmarhallen wurden von Alexander Tschäppät schon erwähnt – auch sie muss man in die neue Diskussion einbeziehen. Erwähnt wurde zudem noch "Rütihubelbad". Fazit: Der Mühle-Hunziken-Entscheid hat Begehrlichkeiten geweckt.

Rahel Wagner, Gruppe 4: Zur Kulturvermittlung: Wie steht es mit der Jugend? Wird sie übernehmen wollen, was wir heute finanzieren? Es ist wichtig, dass die Jugend diese Kultur vermittelt bekommt. Nun gibt es bereits von Kantonsseite dafür weniger Mittel, als nötig wären, nachdem der Grosse Rat das von Bernhard Pulver vorgeschlagene Konzept "Bildung und Kultur" redimensioniert hat. Der Lehrplan lässt den Schulen zudem die Wahl, wie viel sie vermitteln wollen. Es kommt also immer auf die Lehrer und ihr Verhältnis zur Kultur an. Den Kulturinstitutionen ist in den Leistungsverträgen die Kulturvermittlung vorgeschrieben. Für Kinder und Jugendliche bestehen viele Angebote. Alle halten die Kulturvermittlung für nötig, wenn es aber kostet, sieht es anders aus. Kulturförderung soll auch nicht erst in den oberen Klassen, sondern möglichst weit unten anfangen. Gelobt wurden die Angebote von Museen usw., die für Kinder sehr viel leisten. Jemand hat darauf hingewiesen, dass mit dem "Musenmüntschi" von Museen und Stadttheater ein gutes Angebot besteht. Bei "Tosca" konnte man gratis an der Hauptprobe zugegen sein; auch Museen bieten Gratis-Tage an. Hierzu gibt es einen Prospekt. Hier möchte ich anfügen: Köniz erwähnt das Angebot auf der Website der Gemeinde. Dies könnten auch die anderen Gemeinden tun.

Publikumsbemerkung: Mir fällt auf, dass in den Diskussionen die Gruppe der 16- bis 30-Jährigen stets ausgeklammert wird. Man hört von Angeboten für Kinder und Jugendliche unter 16, und man hört von Angeboten für Leute ab 30. Die Personen zwischen 16 und 30 lassen wir dagegen dauernd ausser Acht. Diese aber bilden das Segment, das am meisten Geld für Kultur ausgibt. Orte wie die Dampfzentrale oder Reithalle, die für diese Altersgruppe sehr interessant sind, dürfen wir in der Kulturförderung nicht vergessen. Ein grosser Teil der Gümliger aus dieser Gruppe bleibt nicht in Bern, sie gehen nach Luzern. Das ist schade.

4.3 Workshop III: Bern neu gründen

Moderation: Jacqueline Gafner Wasem (AKO)

Sprecher: Heinz Gfeller (Ostermundigen)

Teilnehmer/innen: Jacqueline Gafner Wasem (AKO), Heinz Gfeller (Ostermundigen), Thomas Frutschi (Bern), Madeleine Schenk (Ostermundigen), Arduino Lavina (Münchenbuchsee), Erica Kobel-Itten (Köniz) Walter Stamm (Münsingen), Johanna Ziberi (Gümligen), Fred Wirth (Worb), Hans-Jörg Rhyn (Zollikofen), Christoph Stalder (Bern)

Ausgangsfragen:

- Bildet die Vereinstätigkeit – neben der Regionalkonferenz Bern-Mittelland und dem Projekt Hauptstadtregion Bern – eine geeignete Form für die regionale Zusammenarbeit zur Stärkung der Agglomeration Bern?
- Über welche Stärken und Schwächen verfügt der Grossraum Bern im nationalen Kontext und welche Entwicklungsmöglichkeiten bestehen für die Region?

Ergebnisse und Diskussion:

Heinz Gfeller: "Willst du ein Schiff bauen, musst du die Sehnsucht nach dem Meer wecken." Das kann man abwandeln: "Willst du eine Hauptstadtregion bauen, musst du die Sehnsucht nach dem Bärengraben wecken."

Wir haben in unserer Diskussion Meinungen über den Ist-Zustand zusammengetragen. Wir landeten dabei vor allem beim Begriff "Identität". Es macht Sinn, wenn man sich fragt, wie man sich fühlt und wie die Strukturen zu unserem Identitätsgefühl sind. Ein gutes Votum war: "Wenn wir im Ausland sind, sagen wir, wir seien Schweizer. Wenn wir in der Schweiz sind, sagen wir, wir sind Deutschschweizer/Berner. Irgendwann sagt man auch, man sei Münsinger oder Ostermundiger." Es besteht in unseren Köpfen also etwas wie eine Hierarchie der Identitäten. Was gehört eigentlich zur Identität? Sport, Kunst, Kultur. Für uns ist es wesentlich, ob YB oder der SCB gewinnt oder verliert, das hat Ausstrahlung. Weiter gehört die Sprache, unser Berndeutsch, zur Identität und ist gerne gehört in der Schweiz. Wir sind daneben auch ein zweisprachiger Kanton. Weiter ist die Wirtschaft, als Spiegel unseres kommerziellen Verhaltens, immer wesentlich. Weitere Identitätsfaktoren sind die Landschaft, kurze Wege in die Stadt, Tourismus, Wissenschaft. Und dann die Hauptstadt – wir sind die Hauptstadt. Die Politiker der Schweiz kommen stets zu uns. Dadurch haben wir eine grosse Verwaltung, es fließen auch einige Steuergelder in unser Gebiet.

Was gehört zur Idee "Bern neu gründen", wie sie als Schlagwort schon angesprochen wurde? Das neue Bern ist eine Vision. Merkmale sind, dass politische Grenzen mit funktionalen Grenzen übereinstimmen sollen. Es bestehen keine Brüche zu den geographischen Grenzen der Siedlungsräume. Es wurde der Verdacht erhoben, es liege zwischen Siedlungsraum und funktionalen Grenzen eine erlebte Diskrepanz. Überall, wo wir ein Problem angehen wollen, kommt irgendeine Grenze, die einer Lösung entgegensteht. Dann heisst es: "Ja, die Politiker, kümmern sich um irgendetwas, aber Leistung erbringen wollen sie nicht." Mit dieser Grundsituation können wir die Jungen sicher nicht mehr ansprechen. Das Ziel ist klar: Grössere Einheiten bieten die Möglichkeit, bessere Dienstleistungen zu erbringen. Deutlich wurde auch, dass in der Verwaltung und in der Politik die Arbeitsbedingungen interessanter werden, wenn man zielgerichtet vorgeht, Problemlösungen bietet und Dienste erarbeiten kann. Mandate bekommen mehr Gewicht. Bereits heute müssen in vielen Gemeinden die Mandatsträger gesucht werden, damit überhaupt die notwendigen Ämter besetzt werden können. In der Vision vom neuen Bern steckt sicher das Potential, mit demselben Ressourceneinsatz (Personalkosten, Geld) dem Einwohner mehr Dienstleistungen erbringen zu können. Andererseits ist die Autonomie der eigenen Gemeinde noch immer eine heilige Kuh. Für welche Ziele ist die Autonomie wichtig? Was macht unsere Gemeinde aus? Ist es wesentlich, ob eine neue Kanalisationsleitung von einem Zweckverband oder von den eigenen Gemeindeführern ausgeführt wird? Es besteht die Chance, themenbezogen die richtigen Strukturen zu bilden, mit Netzwerken etwa. Ich selbst verwende gern den Begriff "Zweckgemeinde". Darunter stelle ich mir vor: Für einen bestimmten Zweck wird mit den Gemeinden, die mitmachen wollen, ein Perimeter festgelegt. Die Struktur soll sich bis runter zum Einwohner durchsetzen, nämlich mit der Wahl der eigenen Behörde im Perimeter, vielleicht auch mit Abstimmungen innerhalb dieses Perimeters. Sicher aber nicht im Tagsatzungs-Prinzip, wo der Gemeindepräsident schauen muss, dass es für die Gemeinde gut rauskommt.

Publikumsbemerkung: Eine kritische Bemerkung: Für mich bedeutet "Grössere Einheit" nicht automatisch, dass bessere Dienstleistungen erbracht werden und bessere Arbeitsbe-

dingungen bestehen. Kleine Einheiten können durchaus etwas besser machen als eine grosse, anonyme, unüberschaubare Einheit. Vielleicht habe ich es auch nicht richtig verstanden. Zu den Grenzen: Ich finde Grenzen grundsätzlich gar nicht so schlecht. Grenzen führen dazu, dass man von beiden Seiten der Grenze miteinander sprechen muss, dass vielleicht Diskussionen stattfinden, die ohne Grenze so nicht stattfinden würden. Klar gibt es Auswüchse, ich möchte das nicht generalisieren. Aber Grenzen an sich finde ich nicht allzu schlecht.

Jacqueline Gafner: Sie sagen, "Grössere Einheit" bedeute nicht unbedingt bessere Arbeitsbedingungen. Wir haben diskutiert, dass in kleinen, benachbarten Gemeinden oft Parallelstrukturen bestehen. Hebt man diese auf, kann man mit bestehenden Ressourcen mehr oder bessere Dienstleistungen bieten, kann den Leuten unter Umständen auch interessantere Arbeiten bieten. Das ist so zu verstehen.

Publikumsbemerkung: Wenn dies "bottom up" und nicht "top down" wächst, bin ich einverstanden.

Jacqueline Gafner: Das ist sicher so. Im Zentrum der Folie ist "Vision neues Bern". Man war sich einig, dass man zwei Ebenen unterscheiden muss: Einerseits das praktische Leben, wo man schauen muss, wie man ein Problem löst. Lösen wir es isoliert oder mit anderen zusammen? In Form einer Einfachen Gesellschaft oder eines Zweckverbands? Die andere Ebene ist die Vision, als Gesamtraum mehr Schlagkraft zu bekommen. Was kann uns dazu verhelfen? Selbstbewusstsein. Das heisst, dass man sich zunächst darüber klar werden muss, wer man ist. Deshalb steht Identität im Zentrum. Wir haben den Eindruck, die Bewohner einer Region können unabhängig davon, in welcher politischen Gemeinde sie leben, ohne Fusionen ein Selbstverständnis entwickeln und sich in Konkurrenz zu anderen als "Berner" definieren. Wo wir als Gemeinschaft hinstehen, sollten wir ein gemeinsames Selbstverständnis entwickeln.

Heinz Gfeller: Hinter der Grenzangelegenheit steckt auch der Begriff der Verhältnismässigkeit. Ich möchte an die politisch aktuelle Frage "Projekt 10er-Tram" erinnern und zu bedenken geben: Was passiert, wenn Ostermundigen oder Köniz zum Theater Nein sagen? Das ist die Problematik des Nicht-Übereinstimmens zwischen politischen und funktionalen Grenzen. Das kostet. Andererseits: Natürlich kann ich mir vorstellen, dass es verschiedene optimal grosse Gemeinden gibt. Hier eine Kleingemeinde mit einem Hobby-Gemeinderat und möglichst Teilzeit-Verwaltungsleuten, da eine mittelgrosse Gemeinde mit einem konsistenten, übersichtlichen Polit-Apparat. Und schliesslich die ganz grosse Gemeinde, die andere Strukturen braucht, um effizient zu werden.

Publikumsbemerkung: Ein Punkt, der in allen Diskussionen um Zusammenlegung von Kleinem zu Grösserem gern ausser Acht gelassen wird, ist der Verkehr. Wir alle leiden unter dem Verkehr. Mit jeder Fusion schaffen wir Situationen, in welchen die Leute unterwegs sein müssen. Legen wir Gemeindeverwaltungen zusammen, müssen die Leute von weiter her kommen. Schaffen wir Zentren, werden diese stärker belastet, es wird mehr Verkehr produziert. Dieser Gedanke wird viel zu wenig beachtet. Eine Fusion von Gemeinden und Verwaltungen bringt in den meisten Fällen den Zentren etwas; denen, die von aussen kommen, wird die Nähe zu dem genommen, was sie brauchen. Wir zum Beispiel können die ID nicht mehr auf der Gemeinde holen, sondern müssen jedes Mal nach Bern fahren.

5 Würdigung durch die Teilnehmerinnen und Teilnehmer

Jacqueline Gafner: Wir sind froh um Rückmeldungen aus möglichst allen Gemeinden, was gut an dieser Veranstaltung war, ob die Themen interessant gewählt waren, ob die Strukturen der Tagung gut waren.

Vertreterin Muri-Gümligen: Die Struktur dünkt mich kulturell etabliert und sehr geeignet. Die Themen waren in dem Sinn gut gewählt, als man überall einsteigen und etwas beitragen konnte. Das war sehr positiv. Positiv hervorheben möchte ich auch die Pausenlängen: Die "Bio-Pausen" waren sehr sinnvoll, denn so kommt man gut ins Gespräch mit den anderen Teilnehmerinnen und Teilnehmer. Die vielen Pausen waren das Beste an der Veranstaltung.

Vertreterin Ostermundigen: Ich bin wiedergekommen, weil es mir bereits im letzten Jahr viel gebracht hat. Es ist gut, auch mal die Probleme anderer Gemeinden zu hören. Man merkt, man ist nicht allein, und versucht gemeinsam eine Lösung zu finden. Die Tagung ist für mich auf jeden Fall horizontweiternd.

Vertreterin Köniz: Es ist gut, dass das heisse Eisen "Kultur" angepackt wurde. Es ist ein aktuelles Thema. Sich zu vernetzen und zu hören, wie es an anderen Orten läuft, die Denkweisen kennenzulernen, ist gut. Ich bin jedes Mal fasziniert, wie Sie das organisieren.

Jacqueline Gafner: Wir hatten im Vorfeld in der Agglomerationskommission das Thema lange diskutiert. Wir haben uns bewusst dafür entschieden, obwohl uns klar war, dass es nicht derselbe "Renner" sein würde wie letztes Jahr die "Hauptstadtregion Schweiz". Es hat aber doch recht viele Leute interessiert und ich denke, es ist ein wichtiges Thema. Das Kompliment für die Organisation des Anlasses gebe ich weiter an Kommissionssekretärin Ladina Kirchen, sie ist die Nachfolgerin von Daniel Weber.

Weitere Vertreterin Köniz: Ich bestätige die Voten meiner Könizer Vorrednerin und möchte ergänzen, dass ich Workshop 1 wichtig fand. Letztes Mal ging es um Referendumsmöglichkeiten; nun merken wir, dass es weiter geht mit den Vernehmlassungen. Das hilft uns, Ideen anzugehen und weiterzuentwickeln. Wir alle stehen hier am Anfang und sind ein wenig am Schwimmen. Es ist nützlich, von den ersten Schritten und Erfahrungen anderer Gemeinden zu hören.

Vertreter Münchenbuchsee: Ich schliesse mich den Voten an. Die Regionalkonferenz ist nun gegründet, man war nun zum ersten Mal mit der Mitwirkung betroffen. Der Austausch war interessant, auch zu erfahren, was das in anderen Gemeinden auslöst. Ich fand den Austausch sehr gut. Auch die Themenwahl „Kultur“ war sehr interessant, ebenso der Fragebogen zur Mitwirkung. Erstaunt hat uns, dass im Gegensatz zum letzten Jahr weniger Leute anwesend waren.

Jacqueline Gafner: Ich hatte es bereits angetönt – es ist eine Erfahrungstatsache, dass das Thema "Kultur" in unserer "Branche" nicht so zieht wie andere Themen, wie z.B. Sozialthemen, Verkehr oder Planung. Die Kultur führt ein wenig einen Dornröschenschlaf. Trotzdem ist die Kultur in der Gesellschaft sehr wichtig – ob wir nun darüber diskutieren oder nicht.

Vertreter Worb: Auch ich möchte Workshop 1 "Funktionieren der Regionalkonferenz" hervorheben. Ich wäre froh, wenn dieser in der Einladung besser publik gemacht würde; vielleicht kommen dann auch von Worb mehr Leute. Die Schwierigkeit ist, zu lernen, wie es funktioniert. Ob es von Peter Künzler vermittelt oder von mir weitervermittelt wird, ist nicht ganz dasselbe. Wir müssen das alles aber ganz schnell lernen. Möglichst viele Leute aus den Gemeinden sollten deshalb möglichst schnell wissen, wie es funktioniert.

Vertreterin Ostermundigen: Ich bin das erste Mal dabei gewesen und wusste nicht ganz, worauf ich mich einlasse. Es war ein spannender Tag. Gut fand ich, immer wieder mit anderen Leuten ins Gespräch zu kommen. Man konnte den Boden für eine gewisse Vernetzung legen. Das ist sehr gut. Die Organisation war gut.

Patrizia Mordini: Ich bin selbst in der Agglomerationskommission: Ich rege an, dass dem Protokoll eine Liste der Teilnehmerinnen und Teilnehmer angehängt wird.

Jacqueline Gafner: Im Protokoll werden die Namen aller Teilnehmer aufgelistet werden. Wer zudem auf einer E-Mail-Liste vertreten sein will, möchte dies Kommissionssekretärin Ladina Kirchen per E-Mail (ladina.kirchen@bern.ch) mitteilen.

6 Fazit und Ausblick der Agglomerationskommission

Einmal mehr freut sich die Agglomerationskommission, dass sie eine interessante und informative Tagung durchführen durfte. Dass Kulturpolitik spannend sein kann und keineswegs in einem Dornröschenschlaf verharren muss, zeigten sowohl die spannenden Diskussionen rund um die Nachmittagsworkshops und die dazu präsentierten Ergebnisse als auch die engagiert geführte und professionell moderierte Podiumsdiskussion.

Auch dieses Jahr hat sich der zweiteilige Aufbau der Tagung mit Referaten und anschließender Podiumsdiskussion sowie den nachmittäglichen Workshops bewährt. Das vorgängige Referat von Thomas Hanke bildete Ausgangs- und Grundlage für die anschließende Podiumsdiskussion, in welcher Stadtpräsident Alexander Tschäppät mit Peter Lüthi, Gemeindepräsident von Wichtrach, und Anita Bernhard, Kantonale Vorsteherin des Amtes für Kultur zusammen mit Samuel Schwarz, Schauspieler und Regisseur, über die Grundvoraussetzungen der Kulturpolitik und über Sinn und Unsinn eines städtischen, regionalen oder sogar nationalen Kulturengagements debattierten. Alle Redner waren sich darin einig, dass Kultur ein wichtiger gesellschaftlicher Identifikationsfaktor bildet und dass sie entsprechend finanziell gefördert werden muss. Uneinigkeit bestand jedoch in der Frage, ob ein regionales Gefäss, wie es mit der Kulturkommission der Regionalkonferenz Bern-Mittelland geschaffen wurde, möglich ist, Einigkeit unter den Gemeinden in der Art und im Umfang der Unterstützung der Kulturbeiträge zu finden. Weiter diskutierten die Teilnehmer die kontroverse Frage, ob traditionelle Kulturinstitutionen, wie ein Stadttheater oder eine Symphonieoper, mehr Anspruch auf Kulturbeiträge haben als alternative Kulturträger bzw. ob die hohen Beiträge dazu führen, dass moderne, freie Formen sich mangels finanzieller Unterstützung nicht etablieren und entwickeln können.

Die präsentierten Ergebnisse der nachmittäglichen Workshops zeugten von spannenden und interessanten Diskussionen. Neben dem traditionellen Einführungsworkshop zur Regionalkonferenz Bern-Mittelland und deren Teilkonferenzen bildete insbesondere das Referat von Christoph Stalder sowie die Podiumsdiskussion Basis für die beiden anderen Workshops zum Thema Teilkonferenz Kultur und zur Vereinstätigkeit von ‚Bern neu gründen‘. Wiederum schätzten die Teilnehmerinnen und Teilnehmer die Zeitfenster, welche dem gegenseitigen Kennenlernen und dem Erfahrungsaustausch dienten. Die Form der Veranstaltung hat sich erneut bewährt und wird auch an der nächsten Tagung beibehalten werden. Erstrebenswert und zu prüfen bleibt, wie zusätzliche Regionsgemeinden an der Veranstaltung teilnehmen können, die über kein Parlament verfügen.